

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Die Interessen der Arbeiter müssen zurückstehen.

Wenn das Agrarierturn sich als die notleidende Bevölkerungsklasse aufspielt und vom Staate Schutz für seine gefährdete Existenz fordert, so verlangt die „ausgleichende Gerechtigkeit“, daß die Gesamtheit der Bürger Opfer bringt, damit die privaten Interessen der Agrarier gefördert werden; wenn die Großindustriellen im Interesse ihres Profits Maßnahmen treffen, um der großen Masse des Volkes Millionen aus der Tasche zu ziehen, so darf sich der Staat nicht rühren und die Behörden müssen mit fremdlicher Miene diesem Raubzug zuschauen, denn das Privatinteresse der Kapitalisten steht höher als das Allgemeinwohl; wenn der Mittelstand, der vom Großkapital zerrieben wird, nach Staatshilfe schreit und Unterstützung aus dem Staatsfiskus fordert, so muß die Allgemeinheit einspringen und die Existenz dieser „staats-erhaltenden Elemente“ garantieren. Wenn aber die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage Forderungen stellen, so tritt mit einem Male das Allgemeinwohl in den Vordergrund und überall ertönt der Ruf: „Die privaten Interessen der Arbeiter müssen dem öffentlichen Interesse nachstehen!“ Während also alle anderen Bevölkerungsklassen das Recht für sich in Anspruch nehmen, in dem Kampfe um eine bessere Existenz die Unterstützung des Staates und die Hilfe der Allgemeinheit zu fordern, hat die Arbeiterklasse dieses Recht nicht, sondern im Gegenteil hat der Staat die Pflicht, den Emanzipationskampf der Arbeiter möglichst zu erschweren und seine Macht zu Gunsten des Kapitals in die Waagschale zu werfen.

Diese oftmals beobachtete Tatsache ist auch bei dem großen Kampfe in der Berliner Elektro-Industrie wieder einmal in greller Beleuchtung zutage getreten, indem seitens der dortigen Polizeibehörde Feuerwehrlente zu Streikarbeiten beordert wurden; zur Unterstützung der Kapitalisten und zum Nachteil der Streikenden griff die Staatsgewalt in den Kampf ein. Die Arbeiter empfanden dieses Eingreifen als unehrlich und parteiisch und die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab diesem Empfinden dadurch Ausdruck, daß sie folgenden Antrag einbrachte: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, Schritte zu tun, um die Beschäftigung von Feuerwehrlenten in der Privatindustrie aus Anlaß von Streiks und Ausperrungen zu verhindern.“ Dieser Antrag gab die Veranlassung zu einer ganz interessanten Debatte, die den arbeitgeberfeindlichen Standpunkt der Behörden und des Bürgertums genügend beleuchtete.

Der Stadtverordnete Singer, der den Antrag begründete, schilderte zunächst die Entwicklung des Kampfes und fuhr dann fort: „Die Tatsache, daß die Unternehmer aus Anlaß einer Differenz einer kleinen Zahl von Arbeitern in einem bestimmten Arbeitszweige zu dem Entschluß kamen, ihre ganze Arbeiterschaft auszusperrn, diese Handlungsweise, die jetzt System zu werden scheint, ist eine solche Brutalität, daß der energigste Widerspruch dagegen erhoben werden muß. Das ist notwendig auszusprechen, namentlich gegenüber den Bestrebungen, welche weit über die Arbeitgeberkreise hinaus in der bürgerlichen Presse sich breit gemacht haben. Man hat von Anfang an die Ursachen dieses Kampfes verdreht; man hat als einen Streik dargestellt, was eine Ausperrung war, die die Unternehmer vornahmen, um vermöge ihrer materiellen Uebermacht auf die Gesamtheit der Arbeiter zu drücken und so die Forderungen eines kleinen Teiles unmöglich zu machen. Die Erlasse der Unternehmer an die Öffentlichkeit haben ja klipp und klar angegeben, daß die Lohnfrage nur von untergeordnetem Interesse war, daß die Sache für sie zu einer Machfrage geworden sei. Wir haben alle Veranlassung, Schritte zu tun, daß die Staatsbehörden sich in wirtschaftliche

Kämpfe nicht einmischen. Das ist nicht die Aufgabe des Staates und nicht die der Polizei. Der Staat hätte z. B. die Aufgabe, sehr nützliche gesetzgeberische Maßregeln zu treffen, um den Hochmut der Unternehmer zu brechen, die zwangsweise Verpflichtung, sich Schiedsgerichten zu unterwerfen, beiden Teilen aufzuerlegen. Die Unternehmer halten aber immer noch das Gewerbegericht für sich nicht gut genug, um es als ihr Forum anzuerkennen. Institutionen, die aus städtischen Mitteln erhalten werden, die die Gesamtheit bezahlt, dürfen nicht dazu gemißbraucht werden, einseitig einen Teil der Streitenden zu unterstützen und ihm zu helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Das aber ist geschehen oder doch geduldet worden seitens des Polizeipräsidiums, indem Feuerwehrlente in die Betriebe kommandiert wurden, um die ausgesperrten Arbeiter zu ersetzen. Der Mißbrauch der Amtsgewalt, der darin liegt, solche Befehle zu erteilen, den Leuten solche Dienste zuzubilligen, die mit ihrem Beruf gar nichts zu tun haben, muß aufs schärfste verurteilt werden. Die Frage ist so zu stellen: ist es recht und zulässig, daß von der Stadt bezahlte Institutionen in dieser Art verwendet werden? Ueber die Mittel, diesen Zustand zu ändern, haben wir uns zu verständigen. Eins dieser Mittel liegt darin, in der breitesten Öffentlichkeit auf diesen horrenden Zustand hinzuweisen. Das könnte vielleicht am besten durch den Magistrat geschehen. Dann aber müßte der Magistrat als Exekutivbehörde in Darlegungen an geeigneter Stelle zu diesem Mißbrauch Stellung nehmen; endlich wäre durch eine Beschwerde über das Polizeipräsidium im Instanzenwege Abhilfe zu suchen. Ich bitte daher, unseren Antrag anzunehmen, und hoffe, daß der Magistrat sich zum Schutze der gesamten Einwohnerschaft berufen fühlen wird. Einspruch dagegen zu erheben, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht durch ein solches Verfahren in die Gefahr der Verhaftung durch die Behörde und die Familienmitglieder werden dadurch gefährdet, sondern in letzter Linie auch die Bürgerschaft selbst, denn durch diese Brotlosmachung von Arbeitern leidet schließlich der Mittelstand und die Geschäftswelt gerade so wie der Arbeiter selbst.“

Diesen treffenden Ausführungen gegenüber vertrat der Oberbürgermeister Pirschner den landesüblichen kapitalistischen Standpunkt; er behauptete, die Feuerwehrlente seien freiwillig und aus freien Stücken Streikbrecher geworden und hätten die Streikarbeit in ihrer dienstfreien Zeit ausgeführt. Dann sprach der oberste Beamte Berlins folgendes: „Was die Berechtigung des Polizeipräsidiums und die Zweckmäßigkeit seiner Maßregel betrifft, so tut man ja bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen auch meiner Meinung nach am besten, die Parteien sich selbst zu überlassen, auch von staatlicher Seite. Das ist auch im vorliegenden Falle, abgesehen von den Berliner Elektrizitäts-Werken, geschehen. (Rufe: Streikkosten!) Bei diesen hat der Polizeiprääsident sich für verpflichtet gehalten, Vorgehen zu treffen, daß der Betrieb fortgeführt werden konnte. Er hat damit nur seine Pflicht erfüllt. Der Streik dort betraf nicht bloß die beiden streitenden Parteien, sondern in weit größerem Umfange die Gesamtheit der Bürgerschaft. Der Potsdamer Platz, die Leipziger-Strasse, der Tiergarten werden von den Berliner Elektrizitätswerken erleuchtet, ferner ein Teil der Bahnhöfe; welche Unsicherheit und welche Gefahr für die Sicherheit der Bürgerschaft konnte eintreten! Auch als Bewegungskraft kann die Elektrizität nicht entbehrt werden ohne erhebliche Gefahr der Schädigung der Bürgerschaft. Die Behörde, welche für die öffentliche Sicherheit zu sorgen hat, ist in solchen Fällen zu solchen Maßnahmen verpflichtet; die Dritten, die verletzt werden können, müssen zu ihrer eigenen Sicherheit solche Mittel ergreifen können. Es wird vielleicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, Mittel zu ergreifen, daß derartige Streitigkeiten nicht in einer die Allgemeinheit gefährdenden Weise ausgefochten werden, aber solange wir diese nicht haben, kann man denen, welche für die Sicherheit verantwortlich sind, nicht verargen, daß solche Maßnahmen getroffen werden. Die Bürgerschaft hat alle

Veranlassung, dem Polizeiprääsidenten dankbar zu sein!“

Daß der Standpunkt des Oberbürgermeisters von den bürgerlichen Parteien geteilt und daß der sozialdemokratische Antrag rundweg abgelehnt wurde, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Man kann es wohl verstehen, wenn Leute vom Schlage des Berliner Oberbürgermeisters so wenig sozialpolitische Einsicht besitzen, daß sie das Unrecht gar nicht erkennen, das in dem Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen Kämpfe zu Gunsten des Kapitals liegt. Sie sind es einmal nicht anders gewohnt und die Praxis, die Interessen des Unternehmertums in jedem Falle zu vertreten, ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Bedauerlicher ist es aber, wenn auch Leute diesen selben Standpunkt anerkennen, von deren sozialpolitischer Bildung und Gerechtigkeitsgefühl wir bisher eine höhere Meinung hatten. So hat der Berliner Gewerbegerichts-Vorsitzende, Magistratsrat von Schulz, in einem Artikel der „Sozialen Praxis“ das Vorgehen der Behörden folgendermaßen zu rechtfertigen versucht, indem er schreibt: „Im übrigen kann die von den Arbeitern bemängelte Besugnis der Regierung, den Firmen für die Kraftstationen Ausschilfe durch Feuerwehrlente zu stellen, nicht bestritten werden, wenn das öffentliche Interesse hier in Frage kam. Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Arbeiter nachzustehen. Unleugbar war aber der Staat dabei interessiert, daß die Kraftanlagen im Betriebe blieben. Er durfte nicht ruhig mit zusehen, wenn in den Straßen Berlins das Licht ausging und der Verkehr stockte. Wer stand dafür, daß es ohne Unterstützung der Arbeitgeber gelingen wäre, den Betrieb der Anlagen aufrechtzuerhalten? Die Pflichten des Staates werden in anderen Ländern ebenso aufgefaßt wie in Deutschland. Als zum Beispiel bei dem großen Maschinenbauerstreik 1897 in England der Gewerbeverein dagegen Einspruch erhob, daß etwa Schiffbauer der staatlichen Werften den Unternehmern, die Kriegsschiffe zu bauen hatten, zur Unterstützung gegeben würden, erklärte die dortige Regierung, daß sie dem Auslande völlig unparteiisch gegenüberstehe, sich aber vorbehalte, zu tun, was das öffentliche Interesse an der Sicherheit dringender Staatslieferungen erfordere.“ Und in Bezug auf die von den Unternehmern vorgenommenen Aussperrungen vertritt er die Meinung: „Sie waren ein erlaubtes Machtmittel der Arbeitgeber, bestimmt zur Abwehr der Streiks, dieser Machtmittel der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen bei ihren Streiks nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß dadurch etwa so und so viele Existenzen ruiniert wurden. Das gleiche Recht durfte aber den Arbeitgebern nicht versagt werden, wenn sie Aussperrungen für richtig hielten, durch welche allerdings tausende am Streik unbeteiligte Arbeiter brotlos wurden.“

Allerdings bestreiten wir den Unternehmern keineswegs das Recht, nach Herzenslust Aussperrungen vorzunehmen und ihren Prozenstandpunkt so schroff wie möglich zu vertreten, wohl aber bestreiten wir den Behörden das Recht, die Kapitalisten in ihrem Großmachtzettel noch obendrein zu stärken und die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten. Als die Unternehmer das „erlaubte Machtmittel“ der Aussperrung benutzten und Zehntausende von Arbeitern auf die Straße warfen, haben sie das Allgemeinwohl aufs schwerste geschädigt. Warum verkündeten die Behörden damals nicht den Grundsatz: „Dem öffentlichen Interesse haben alle Privatinteressen — also auch die der Unternehmer! — nachzustehen.“ Warum hielt man nicht einmal den Schein der Unparteilichkeit aufrecht? O nein, man hätte lieber den kapitalistischen Profit, indem man die Beamten zu Streikbrechern degradierte. Aber das ist nun einmal die Signatur des neuen Kurzes in der Sozialpolitik: Die Interessen des Geldsacks werden gehegt und gepflegt — die Interessen der Arbeiter aber müssen zurückstehen!

## Ein Kapitel über die Verschwendung der Arbeitskraft.

Alljährlich kommen in jedem Berufsweige Perioden vor, wo eine gewisse Geschäftslage eintritt und nicht nur Arbeiter entlassen werden, sondern auch vielfach die Arbeitszeit verkürzt wird. Mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit ist dann allerdings die entsprechende Lohnverfugung verbunden und der Arbeiter, der schon bei normaler Arbeitszeit kaum seine Lebensbedürfnisse bestreiten kann, muß jetzt den Schmachtriemern noch enger schmecken. Bei wiederkehrender besserer Geschäftslage tritt das umgekehrte Verhältnis ein, d. h. der Schmachtriemern kann wieder ein paar Köcher weitergeschmalt werden, weil — heidenmäßig viel Geld verdient wird.

Zunächst wird der Lohn bei „voller Arbeitszeit“ wieder ein normaler; vielfach steigt derselbe sogar, indem außer den täglichen vereinbarten Arbeitsstunden oft noch Überstunden gemacht werden, also, im Gegensatz zur früheren Verkürzung, eine Verlängerung des Arbeitszuges stattfindet. Nach obigen Wille bedeutet also kurze Arbeitszeit wenig Lohn — lange Arbeitszeit größeren Lohn. Nach diesem augenscheinlichen Ergebnis funktionieren nun die kapitalistischen Lohngeber und Vertreter des feinen Bourgeoisiums ihre Beweggründe; sie behaupten, zur Freude ihrer Auftraggeber, daß man nur recht lange zu arbeiten brauche, dann werden schon das Einkommen ragen.

Die fatten Philister und sonstigen „christlichen Arbeiterfreunde“ bestreiten dann ihren gläubigen Eifer schwarz auf weiß, daß die Führer der Arbeiterbewegung, die Anhänger und Nachläufer ein K für ein U machen, wenn sie ihnen den Grundsatz zur Beherrschung anhängen: „Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn, kurze Arbeitszeit, hoher Lohn.“ Mit stiller Entrüstung rufen dann diese Dieberräuber und christlich-sozialen „Kassierfreunde“ aus: „Da seht ihr, welchen Unsin die Arbeiter und Feinde aller menschlichen und göttlichen Ordnung auch einreden, wenn sie die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen.“

Verblüffend wirken solche Argumente auf den einfältigen Lohnknecht, der gewohnt ist, aus der Hand in den Mund zu leben, namentlich aber nimmt die vielgeplagte Arbeiterin, die um fargen Lohn „küssen“ muß. Nicht von dieser physischen Verkürzung der tatsächlichen Verhältnisse. Es läßt sich ja nicht bestreiten, der Arbeiter gibt jenen „Menschenfreunden“ recht, denn wie die Erfahrung lehrt, wurde in Zeiten schlechten Geschäftsganges bei beschränkter Arbeitszeit auch der Lohn gekürzt, somit hat also die Verkürzung der Arbeitszeit gar keinen Zweck, weil eben damit eine Lohnminderung verbunden ist. Nicht nur dadurch, daß sich das Einkommen hierdurch vermindert, hat diese periodische Zeit der unfreiwilligen Ruhepausen keinen besonderen Wert sondern auch, weil der Arbeiter insofern keine nützliche Verwendung dafür findet. Die Sorge um das tägliche Brot läßt es einmal gar nicht zu, solche auf Beschränkung des Einkommens ausgehende Ruhe wirklich zu genießen, zum anderen kann der so mit verkürzter Arbeitszeit bedachte Arbeiter kaum endgültig über die unfreiwillig gewonnene freie Zeit verfügen, da ja in kurzer Zeit vielleicht wieder der Unternehmer kommt und vielleicht eine noch längere Arbeitsleistung von seinen Lohnknechten verlangt.

Diese schwerknechtliche Verkürzung der Arbeitszeit sowie deren Verlängerung nach dem Belieben des Unternehmers hängt im allgemeinen mit anderen wirtschaftlichen Produktionsverhältnissen zusammen. Nicht immer aber liegen zwingende Verhältnisse für diese hin- und hergehende Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Vielfach liegt diesem Verfahren des Unternehmers eine schlaue Berechnung zu Grunde, aufgezogen auf der Hilflosigkeit des Arbeiters, seiner Mittellosigkeit, seines chronischen Geldmangels in guten und schlechten Zeiten. Der Unternehmer weiß, daß wenn der Arbeiter wirklich einmal vorübergehend mehr Geld verdient, an Sparen bei großen Familien doch nicht zu denken ist. Da sind entweder alle Schulden zu bezahlen oder es werden einmal seitens der Familie höhere Anforderungen an die Kasse des Lohnknechtes gestellt; man will doch eben leben und auch genießen. Der Arbeiter ist nur in der Freude über ein „neues Geld“ in die Irre geführt.

Der Arbeiter ist eben kein Kaufmann wie der Unternehmer, der seine durch Heberarbeit mehr erzielten Waren und Verkaufserlöse entweder bei günstiger Gelegenheit auf den Markt wirft, den Profit einzieht resp. für anderweitige Unternehmungen verwertet. Während der Unternehmer durch seine kaufmännischen Spekulationen mit in guter Zeit, bei Heberarbeit der Lohnknechten, erzieltem Gelde wuchert, sich neue „Erwerbssphären“ damit erobert, geht das mehrverdiente Geld des Arbeiters wieder weg, wie es eingegangen.

Das durch Heberarbeit mehr verdiente Geld bringt dem Lohnarbeiter somit keinen dauernden Nutzen; im Gegenteil, er ist nicht nur so arm wie vorher, er hat auch dem Unternehmer einen Trümpf mehr in die Hände gespielt. Dieser, falls er seine während der Heberarbeit mehr erzeugten Produkte nicht zu Gelde gemacht, hat jetzt sein Warenlager gefüllt und er wird als raffinierter Kaufmann alsbald daran denken, mit dem Arbeiter um den Lohn zu feilschen. Man wird ihm zunächst seinen, durch die Heberarbeit erzielten Lohn vorrechnen und er wird, als einfältiger Mensch, der die Kniffe des raffinierten „Geschäftsmannes“ nicht durchschaut, in eine Lohnreduktion sich fügen, da er mittellos dem Unternehmer gegenübersteht und ja doch gegen früher nicht gerade schlechter gestellt ist, insofern er doch noch dasselbe Einkommen erzielt.

Nachdem aber die Lohnherabsetzung festgestellt, wird der Unternehmer wieder die normale Arbeitszeit betretieren aber gar nur dreiviertel oder halbe Tage arbeiten lassen, weil er Ware genug vorrätig hat. Jetzt wird nun in der Tat ein Notstand einreten, der die Arbeiter zwingt, sich dem Unternehmer nur die Höhe zu merken und um längere Arbeitszeit zu betteln, nur um soviel verdienen zu können, das nackte Leben zu fristen. Das ist die Frucht der Heberarbeit.

Jeder Lohnrückgang früherer Zeiten ist fast immer die Folge gewesen, von einem vorher höheren als normalen Verdienst — sei es durch „Drauflosküssen“, sei es durch die Heberstundenarbeit. — Der bodenlose Leichtsin des Arbeiters in wirtschaftlicher Beziehung war bisher „Wasser auf der Mühle“ des Unternehmers, des klug rechnenden, rücksichtslosen Ausbeuters der Arbeitskraft. Dank der Verkürzung sozialökonomischer Lehren in Arbeiterkreisen, dank der Aufklärungsarbeit unserer Gewerkschaftspresse beginnt es bereits im Kopfe so manches leichtsinnigen Verknechters seiner Arbeitskraft zu dämmern. Die Eier des Unternehmers nach Mehrprofit wird dadurch freilich nicht beseitigt, aber durch die Beherrschung solcher wirtschaftlicher Aufklärungen wird der maßlose Profitwut seitens der

Arbeitgeber ein mächtiger Damm entgegengekehrt, der die Arbeiterkraft schützt gegen maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft.

Jetzt gilt die Frage: „Warum soll denn ein Mensch 12—14 Stunden arbeiten, wenn er dasselbe Geld in 8 bis 10 Stunden verdienen kann?“ Warum soll der Arbeiter Massen von Arbeitsprodukten, Waren, Gerätschaften herstellen, wenn er für einen geringeren Teil seiner Produktion denselben Lohn erzielen kann? Schauen wir um uns, so sehen wir, daß tatsächlich überall dort, wo kurze Arbeitszeit herrscht, höhere Löhne erzielt werden, als dort, wo lange Arbeitszeit „gang und gäbe“ ist. Das Rätsel löst sich bald auf, wenn wir erfahren, daß in jenen Betrieben, wo bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne gezahlt werden, die Arbeiter einer mächtigen Gewerkschaftsorganisation angehören; während dort, wo niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit gezahlt werden, die Arbeiter keiner Gewerkschaftsorganisation angehören und insbesonderen schreiend die Willkür des Unternehmers preisgegeben sind.

Wo eine starke Gewerkschaftsorganisation dem Unternehmer geschlossen gegenüber steht, wo es weder Streikbrecher noch sonst „dumme Hammel“ gibt, die sich ohne zu „machen“ das Fell über die Ohren ziehen lassen, wo es keine Indifferenten gibt, sondern jeder, sich des Wertes seines Koalitionsrechtes bewußt, seiner Gewerkschaftsorganisation ansieht, da wird der Grundsatz: „Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn“, sich auch im Laufe der Zeit verwirklichen. Wo man dagegen auf eigene Faust als Lohnarbeiter durch lange Arbeitszeit einen höheren Lohn zu erlangen gedenkt, da wird der Lohn immer tiefer sinken infolge der Konkurrenz des Arbeiters mit dem Arbeiter. Da wird jene Unsicherheit des Erwerbes geschaffen, welche den Lohnarbeiter nie zur Ruhe kommen läßt; da wird der Lohnarbeiter heute „fast gesteuert“ und morgen gehetzt; da spielt der Unternehmer mit dem Arbeiter „Schindluder“.

Weder die Existenz noch die Wohlfahrt des Beschäftigten ist dem Kapitalisten heilig, das kaufmännische Prinzip geht von altersher nur darauf hinaus — ein Geschäft zu machen. Nicht mit Unrecht hat man darauf hingewiesen, daß im Altertum, als noch für jeden Beruf eine besondere Schutzgotttheit nötig war, um den Beruf zu fördern, den Kaufleuten derselbe Schutzgott zugeeignet war, den auch die Ärzte für sich in Anspruch nehmen — den Merkur. In der Tat war dieses Arrangement des antiken Heidentums nicht gerade lehrreich für die damalige Geschäftswelt, aber doch lag ein tiefer Sinn in demselben für die Beurteilung des herrschenden Geistes unter den Kaufleuten; die Anschauungen des Unternehmertums sind heute noch so wie früher. Heißend sagt Marx: „Der Kaufmann hat in der ganzen Welt dieselbe Religion. Sein Kantor ist keine Kirche, sein Schreibpult ist sein Altar, sein Memorial ist seine Bibel, sein Warenlager ist sein Allerheiligstes, die Vorladung ist seine Beiglocke, sein Geld ist sein Gott, der Kredit ist sein Glaube.“

Das moderne Unternehmertum, welches sich im Gegensatz zu früher namentlich aus Kaufleuten, d. h. kapitalistischen Kaufherren rekrutiert kann gar nicht treffender charakterisiert werden als wie durch diesen Ausspruch seines, der den Nagel auf den Kopf trifft. Wöchten doch endlich einmal alle Lohnarbeiter einsehen lernen, daß sie nie auf einen „grünen Zweig“ kommen können, so lange sie sich diesem „kaufmännischen Prinzip“ stumpfsinnig unterwerfen. Eine Arbeiterbewegung, die ihr Schicksal in die Hände des kapitalistischen Unternehmers legt, grabt sich selbst ihr Grab, sie geht an Siedstium zu Grunde, durch Verschwendung der Arbeitskraft.

## Lohnbewegung.

In Leipzig-Dresden ist über die Möbelfabrik von Wagner & Hinkel die Sperre verhängt. Da die Firma noch anderen Ladereien Möbel zum Fortbewegen liefert, muß dies von den Kollegen nicht beachtet werden.

## Das unheimliche Versteck.

Es geht auch ohne Weisheit. Die Breslauer Malerinnung fühlte sich auf Grund des vom Bundesrat erlassenen Versteckgesetzes veranlaßt, in ihrer letzten Quartalsversammlung den Beschluß herbeizuführen, dem Mitgliedern der Innung zu empfehlen, in Zukunft die Verwendung von Weisheit auszuschließen. Begründet wurde dieser Beschluß mit der Annahme, daß durch die gesetzlichen Bestimmungen, die eine ganze Reihe von Arbeiten und Unannehmlichkeiten verursachen, ein großer Teil der Unternehmer, denen es aus Mangel an Zeit und aus sonstigen Verhältnissen heraus unmöglich sei, diese Bestimmungen inne zu halten, nun Strafen erwachsen. Mit diesem Beschluß hofft man, jede Unannehmlichkeit zu vermeiden. Jedenfalls gehört dieser Beschluß zu dem Klügsten, was bisher diese Innung, die in ihrer sonstigen bedauerndwerten, rückständigen Weise nur zu bekannt ist durchgeführt hat. Für unsere Kollegen wird es aber trotzdem notwendig sein, auf dem Posten zu stehen, und sich nicht hinteres Licht führen zu lassen.

Folgen einer Submissionsblüte. In Breslau waren vor einiger Zeit umfangreiche Malerarbeiten in den großen Hallen auf dem dortigen städtischen Schlachthofe angefertigt, deren Ausführungen nach dem Vorschlage des Magistrats auf ca. 7000 M. berechnet waren. Es gingen mehrere Offerten von Breslauer Malermeistern ein, die sich zwischen 9000 und 3000 M. bewegten. Den Aufschlag erhielt die Firma Würger & Lawatsch, die den niedrigsten Preis hatte. Interessant ist nun, daß die genannte Firma, nachdem die Arbeiten teilweise ausgeführt waren, beim Magistrat um Aufhebung des Vertrages nachsuchte, da sie außer Stande sei, die Arbeiter für den bedingenen Preis fertig zu stellen, was allerdings vom Magistrat abgelehnt wurde. Allein Anzeichen nach haben die Inhaber der Firma sich an der Ausbeutung und Leistungslosigkeit der in ihrem Betriebe so stark vertriebenen Arbeitswilligen und Streikbrecher doch etwas sehr verrechnet.

Die Folgen der Heberarbeit als Gewerkschaft anerkannt. Eine wichtige Entscheidung ist auch der E. W. durch einen Spruch des sächsischen Landesversicherungsamtes endgültig getroffen worden. Der Streckenarbeiter Karl Emil Weigel in Maschau erkrankte am 1. Oktober 1900 an Darmentzündung, die durch Heberarbeit hervorgerufen war. Er war bis dahin seit Mitte Juli 1900 im Betriebe der Staatsbahndirektion damit beschäftigt worden, eine Eisenbahnbrücke mit bleiblicher

Farbe anzustreichen und hatte sich hierbei die Heberarbeit anzugewandt. Am 2. Januar 1901 konnte er seine Arbeit als Streckenarbeiter wieder aufnehmen, erkrankte aber im Laufe des Jahres 1902 an den Folgen der früheren Heberarbeit. Er erhob nunmehr Anspruch auf Unfallentschädigung, wurde aber von der Versicherungsbehörde und auch vom Schiedsgericht abschlägig beschieden, weil angenommen wurde, daß die Erkrankung des Klägers nicht auf einem Unfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes beruhe, sondern sich als sogenannte Gewerbekrankheit darstelle. Das von ihm angerufene Landesversicherungsamt bezeichnete die Frage, ob Betriebsunfall oder Gewerbekrankheit vorliege, als nicht genügend aufgeklärt; es wurde aber aus anderen Gründen der Rekurs als unzulässig verworfen, so daß damit die Ablehnung des Anspruches des Klägers rechtskräftig wurde. Als er am 16. Juni 1904 von neuem erkrankte, wiederholte er seine Ansprüche. Die Versicherungsbehörde ist darauf erneut in die Erörterung der Frage eingetreten, ob die jetzt bestehende Erwerbsunfähigkeit als auf Unfall beruhend anerkannt werden könne und hat jetzt diese Frage bejaht, die Gewährung von Rente aber ausdrücklich auf die Zeit seit dem 18. Juni 1904 beschränkt, für die frühere Zeit dagegen unter Bezugnahme auf die rechtskräftige Entscheidung jede Entschädigung abgelehnt. Der Rentenberechnung ist der Jahresarbeitsverdienst in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 30. September 1900 mit 675 M. zugrunde gelegt worden. Seine Berufung hat das Schiedsgericht zurückgewiesen. Das Landesversicherungsamt hat den Rekurs Weigels verworfen. Durch den Ausgang der Angelegenheit sind also die Folgen der Heberarbeit als Gewerbeunfall ausdrücklich anerkannt worden.

Bernburg. (Situationsbericht.) Die oft gefürchtete Klage über große Interesselosigkeit der Kollegen der Organisation gegenüber ist auch bei uns zu erheben; es scheint, als ob hier alles in schönster Harmonie wäre, darum könnte man sich von aller Organisationsarbeit zurückziehen. Kein Wunder also, daß unsere Filiale seit ihrem Bestehen noch nicht recht aus den Kinderschuhen herausgekommen. Im Jahre 1900 schien sich zwar ein kleiner Aufschwung zur Verbesserung bemerkbar zu machen, indem damals von 70 am Orte beschäftigten Kollegen 45 der Filiale angehörten und der Versammlungsbesuch im Durchschnitt auch ein leidlicher zu nennen war. Doch hielt es nicht stand, das Erwungene wurde nicht behauptet, der alte Schindlerian machte sich von neuem bemerkbar und wiederum ging die Bewegung zurück. In diesem Sommer waren von 81 am Orte beschäftigten Kollegen nur 42 organisiert. Wohl haben sich verschiedene Kollegen redlich bemüht, unsere Filialverhältnisse auf den Standpunkt zu bringen, der so notwendig ist, aber alle Bemühungen blieben erfolglos und scheiterten an der Leihgarnie der Kollegen, welche entweder etwas besser entlohnt wurden und sich dann um nichts mehr kümmerten, oder an dem Verhalten derer, die in hündischer Furcht vor den Arbeitgebern schweigen wollten. Sogar Kollegen, welche in früheren Jahren sich nicht genug tun konnten in der Organisation, arbeiten heute strikte entgegen, nicht im offener Weise, sondern oft genug hinterhältig mit allerlei List. In der Werkstatt des Herrn H. Meiner, in welcher im Sommer 12 Kollegen beschäftigt werden, kann überhaupt kein organisiertes Verbleiben, die sieben Nachkollegen dort sorgen bestimmt dafür, daß dieser wieder fort muß. Mit welcher Mühe ist es in diesem Jahre erreicht worden, einen Lohnkreis zu vereinbaren, aber wie wird er eingehalten? Was die Meister nicht aus eigener Initiative daran ändern, wird noch durch die eigenen sog. Kollegen zerstört, jedoch nur von denen, welche durch ihre Kriecherdienste und hündische Unterwürfigkeit eine bessere Position errungen zu haben glauben. Doch auch dieser traurigen Elementen wird der wohlverdiente Stiefeltritt nicht erspart bleiben. Den Kollegen, welchen noch nicht alles Denken getrübt, welche noch etwas wirklichen Mannesmut besitzen, möchten wir dagegen hiermit zurufen: Setzt mit euren Kameraden eine Organisation, seid dabei, es von ihnen zu lernen, und schließt Euch auch nur der Organisation an, die sich nicht um unheimlichen und ekelhaften Dummheit kümmert. Ich weiß, was ihn die Zukunft bringt und eine Verbesserung unserer Lage wünschen wohl alle, aber wenige rufen ernstlich danach.

Hersford. (Situationsbericht.) Das Jahr nähert sich seinem Ende, daher ist es an der Zeit, einen kurzen Rückblick auf unsere Tätigkeit zu werfen. War doch dieses Jahr ein arbeitsreiches für unsere Organisation und haben wir durch fleißige Haus- und Werkstellenagitation unsere Mitgliederzahl, die im Januar 35 betrug, heute auf 175 Mitglieder gebracht. Dieser erfreuliche Fortschritt gibt uns neuen Mut und wir hoffen, daß am Schluß des Jahres auch der letzte Kollege von Hersford zu den unseren zählt. Dann können wir auch daran denken, hier, wo es sicher Not tut, einen der Zeit angemessenen Tarif durchzubekommen. Mit dem von uns errichteten, gut funktionierenden Arbeitsnachweis können wir bis jetzt damit zufrieden sein; auch haben wir unsere Bibliothek durch freiwillige Geldspenden und Geschenke an Mitgliedern aus Kollegentreisen bedeutend erweitert und so arbeiten wir langsam, aber sicher weiter. Daß das Emporblühen unserer Vereinigung unseren Gegnern nicht angenehm ist, kann sich ein jeder leicht denken. Es ist schon in verschiedenen Werkstellen versucht worden, die Mitglieder, die wir überzeugt haben, abtrünnig zu machen, was aber nicht gelungen ist, vielmehr stehen die Mitglieder infolge solcher Manöverarbeit fester denn je zusammen, wissen sie doch, daß es heute nur noch durch die größte Einigkeit ermöglicht wird, etwas zu erzielen. Kollegen, seid darum ferner einig und haltet fest an unsere Vereinigung, besucht fleißig die Versammlungen, dann wird die Zeit nicht fern sein, wo auch wir bessere Verhältnisse in unserem Berufe erhalten.

Jungstadt. Nach wiederholten Versuchen ist es auch hier gelungen, von neuem eine Filiale ins Leben zu rufen. Sämtliche jüngeren Kollegen sind jetzt Mitglieder und hinstellend werden auch die älteren, die noch fernstehen, bald einsehen, daß ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist, wenn etwas erreicht werden soll. Unsere Mitgliederzahl beträgt z. B. 19 von 21 in Privatwerkstellen und 5 in künftigen Stabstellen beschäftigten Kollegen.

Naumburg. (Situationsbericht.) Seit der letzten Lohnbewegung im Jahre 1898 haben wir keine allgemein wichtige Ereignisse mehr gehabt, so daß wenig die Öffentlichkeit in Anspruch genommen wurde. Nicht etwa, daß wir während dieser Zeit untätig gewesen wären, nein, es ist verhältnismäßig gut gearbeitet worden. Im Jahre 1898 ist ein Tarif mit 35 M. Minimallohn abgeschlossen, der auch heute noch gilt, jedoch sind die Löhne durchschnittlich auf 40 M. gestiegen. Also trotz dieser Ruhejahre eine ganz gute Ertragskraft. Aber gerade diese lange Ruhepause hat eine

Situation geschaffen, die uns vor eine schwere Aufgabe stellt. Wohl sind durchschnittlich die Löhne gestiegen, aber die Schwankungen sind um so größere geworden. So ist es den Meistern eingeleuchtet, auch einmal unter den Minimallohn zu gehen, und sie haben Glück gehabt. Der Lohn differiert zwischen 30 und 50 %.

Von dieser Seite betrachtet, ist die Lage gar nicht so rosig. Sollten wir wieder an eine Ausbesserung unserer Lohnverhältnisse denken, so ist es wohl selbstverständlich, daß wir den Minimallohn auf den jetzt fast durchgängig bezahlten Lohn von 40 % setzen. Gewiß werden wir dabei auf starken Widerstand stoßen, darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, nicht nur zahlendes Mitglied zu sein, sondern auch jederzeit ein tätiges, jeder muß agitieren, wo er nur kann. Wenn man bedenkt, daß von 65 am Orte beschäftigten Kollegen nur 48 dem Verbands angehören, so spricht wohl daraus, daß keine Zeit ist auszubringen. Allerdings ist es schwer an die Kollegen heranzukommen. Denn mit der Zeit ist es gekommen, daß sich die Unorganisierten nur noch in der Wollfischen Hude wohlfühlen und ein Verbandsmitglied selten Ausschicht hat, länger dort arbeiten zu können. Diese Ausschichtungen zeigen, daß noch sehr viel zu tun ist. Deshalb, Kollegen Naumburgs, fort mit dem vererblichen Gleichmut! Jeder muß die Pflicht in sich fühlen, Agitator zu sein. Wenn Ihr nur wollt, könnt Ihr auch was erreichen. Beweist die Unorganisierten auf das Unerbittliche ihrer Handlungsweise, daß sie doch nur die Früchte, die der Verband geerntet, mit genießen, ohne getätigt zu haben, im übrigen aber als unsere größten Feinde handeln. Gerade die jetzige Zeit mit ihren Nahrungsmittelwertveränderungen, Arbeiterausperrungen usw. ist geeignet, die Kollegen darauf hinzuweisen, daß sie als einzelne dem Unternehmertum machtlos gegenüberstehen. Mit aller Macht muß agitiert werden, damit wir kommenden Frühjahr geschlossen und gestärkt dastehen. Nur vereint sind wir eine Macht! Deshalb nochmals: Tue jeder seine Pflicht!

**Wesfel. (Situationsbericht.)** Die in diesem Frühjahr neu gegründete Filiale Wesfel, zuvor Poststelle von Cöln, hat, trotzdem sie es nicht an Mühe und Arbeit hat fehlen lassen, keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Wenn auch die indifferenten Kollegen erkennen, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist, um unsere leider hier noch so traurigen Verhältnisse zu fördern, so stehen sie andererseits der Sache doch feindselig gegenüber, weil sonst ihr arbeitsloser Klümmverein von einigen Mitgliedern darunter leiden könnte. Kennzeichnend für die Rückständigkeit dieser Mitglieder ist folgender Vorgang: Als wir in diesem Sommer eine Statistik über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vornehmen, da bekamen wir zur Antwort: "So'n Anstian machen wir nicht mit!" und erhielten die Fragebogen leer zurück. Daß es unter solchen Umständen schwer hält, auch nur einigermaßen Aufklärung unter diese Arbeiter zu bringen, wird jeder Kollege, der die Verhältnisse hier am Orte kennt, wo ja 45 Gehülsen, 50 Meistern und wohl noch 20 ihrer Söhne gegenübersitzen, zugeben müssen. Zumal hier, wo außer den Buchdruckern keine freie Gewerkschaft eine örtliche Verwaltung hat und keine Arbeiterpresse oder Parteizeitung zur Verfügung steht. Spießbürgertum und Militarismus ist hier Trips. Durch die jetzt ins Leben gerufene Maler- und Antreiberinnung scheint endlich doch etwas Leben in die Schlämme zu kommen, denn als am 1. Oktober die Herren Zimmernmeister, um das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gehülsen zu fördern, den ohnehin nicht zu hohen Lohn um 5 % die Stunde kürzten, da gab es Heulen und Zähneknirschen. Kommen diese Kollegen nun zur Einsicht und ziehen die einzig richtige Konsequenz daraus, daß nur durch festes und einiges Zusammenhalten in der Organisation etwas zu erreichen ist? In der darauf vom Gehülseauschuß, worunter sich auch zwei unserer Kollegen befinden, einberufenen öffentlichen Versammlung besaßte man sich mit diesem Abgang und trotzdem Kollege Joh. Schach in ausführlicher Weise darlegte, was für Zwecke und Ziele unsere Vereinigung verfolgte, entschloß sich doch keiner dieser Nachkommen, der Organisation beizutreten, um nur ja nicht den Anstrich eines Sozialdemokraten zu erhalten, denn ein jeder Organisierte ist hier Sozialdemokrat. Die Mitglieder der Filiale Wesfel lassen aber die Hoffnung nicht sinken und setzen nach wie vor ihre ganze Kraft daran, in Wesfel alle Kollegen zu organisieren. Möge die Zeit nicht mehr fern sein.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

**Ein Anstich in der „Vorwärts“-Redaktion.** Am 29. Oktober wurde 5 Redakteuren des Vorwärts vom Parteivorstand und der Breitenkommission mitgeteilt, daß man auf ihre fernere Tätigkeit verzichte, dem Geschieden, der früher als Korrektor angestellt war, stellte man anheim, diese Stelle event. wieder einzunehmen. Dieser Vorgang kam ganz überraschend, nachdem man nach dem Jenaer Parteitag annehmen mußte, daß die sog. „Vorwärtsfrage“ von der eigens dazu eingesetzten Kommission geregelt worden ist. Ein derartiges Vorgehen können wir nur als eine willkürliche Maßregelung bezeichnen, die den schärfsten Widerspruch hervorruft. Tatsächlich hat denn auch dieses Mandat, von einigen Parteizeitungen abgesehen, lediglich bei der Schorfmachepresse einstimmig Befall gefunden und das ist sicherlich das Belagenswerteste, was der sozialdemokratischen Parteileitung jemals zuteil wurde. Die entlassenen Redakteure, die Jahre lang durch das Vertrauen der Parteigenossen auf ihrem Posten standen, hatten das Recht, zu verlangen, daß sie gehört wurden, bevor man sie entließ. Aus der Tagespresse werden bereits unsere Kollegen die einzelnen Vorgänge dieses Konflikts entnommen haben und ein Verfahren, wie man eine Umgestaltung der „Vorwärts“-Redaktion herbeiführen wollte, niemals billigen können. Das Bedauerliche ist ferner das unkollegiale, unsolbhartige Verhalten sowohl von den zurückbleibenden drei übrigen Redakteuren, unter denen, wie Parteiblätter anführen, für den Redakteur Ströbel, der sich in Jena so heillos blamiert hat, die Konsequenz des Austritts doch am nächsten lag, wie auch von den Neueintretenden, denn es kann für die Arbeiterschaft doch nicht gleichgültig sein, daß das Parteinteresse handlungslos geblieben ist. Die demokratisierenden Wirkungen, die solche Vorgänge zeitigen müssen, die den Grundstößen von Gerechtigkeit und Vertrauen einen schweren Schlag versetzen, fordern die Gewerkschaften zu energischem Widerspruch auf. Sie sind es ja hauptsächlich, die bei ihrer unentbehrlichen und schwierigen Kleinarbeit am meisten die Folgen zu spüren bekommen, die die offenkundig mit Blindheit geschlagenen Parteianstalten bei der Art ihrer Erlebigung des Konflikts ganz außer Acht lassen.

Der Werstarbeiter, das Nachorgan des nun aufgelösten deutschen Werstarbeiterverbandes ist am 29. Oktober zum letztenmal erschienen. Der Verbandsvorstand und

die Redaktion nehmen Abschied von den Mitgliedern, die sie zugleich ermahnen, auch unter der neuen Fahne ebenso mutig und entschlossen zu kämpfen wie unter dem alten grünroten Banner des Verbandes.

Die Ausbreitung der Tarifverträge hat auch in diesem Jahre wieder trotz des Widerstandes bekannter Schorfmacher große Fortschritte aufzuweisen. Wie bisher, wird das Baugewerbe auch diesmal wieder an der Spitze marschieren; eine genaue Uebersicht liegt jetzt noch nicht vor, auch in unserem Verufe nicht, da leider das notwendige Material von den einzelnen Ortsverwaltungen oft viel zu spät an die Hauptvorstände eingesandt wird. Nur der Zentralverband der Zimmerer bringt bereits in seinem Organ „Der Zimmerer“ eine instruktive Uebersicht über die in diesem Jahre im Zimmerergewerbe gültigen Lohn- und Arbeitsverträge. Daraus ist zu entnehmen, daß von 219 aufgeführten Tarifverträgen nicht weniger als 140 im laufenden Jahre abgeschlossen worden sind. 59 stammen aus dem Vorjahre, der Rest aus früheren Jahren. Von den 140 im laufenden Jahre abgeschlossenen Verträgen ist zu bemerken, daß ein Teil an Stelle schon vorhandener Vereinbarungen getreten ist. Die 219 Verträge regeln die Arbeitsbedingungen vor allem Lohnhöhe und Arbeitszeit, in mehr als 762 Orten. Es gibt Tarife, deren Geltungsbereich Duzende von Orten umfaßt. Das umfangreichste Geltungsgebiet kann der Rührer Tarif für sich reklamieren. Das Gebiet ist in drei Zonen eingeteilt und umfaßt nicht weniger als 200 Orte. Der Dresdener Tarif gilt für 77, der Löhninger für 73, der Berliner für 51, der Magdeburger für 29 Orte usw. Von Großstädten haben tarifmäßig geregelte Arbeitsverhältnisse im Zimmerergewerbe: Berlin, Charlottenburg, Bremen, Breslau, Cassel, Cöln, Grefeld, Danzig, Dortmund, Dresden, Eberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Posen, Stettin und Stuttgart. Es fehlen also: Aachen, Altona, Bamern, Braunschweig, Chemnitz, Düsseldorf, Halle a. S., Hamburg, Kiel und Strassburg. Die Verträge laufen längstens bis zum Frühjahr 1906, bei kürzester Dauer bis Frühjahr kommenden Jahres. Durch Tarifabschlüsse ist allen in der Bauartigkeit beteiligten Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben, für die Zeit der Gültigkeit des Tarifs mit im Voraus festzustellenden Lohnverträgen zu rechnen, das heißt, bei der Bedeutung des Lohnfaktors für die Höhe der Gestehungskosten, viel sicherer zu kalkulieren. Das Maß und die Zahl unvorhergesehener Verluste geht ganz erheblich zurück. Den höchsten Jahresarbeitsverdienst und zugleich nach den höchsten Stundenlohn weist Berlin und Umgebung auf. Im allgemeinen läßt sich die Wahrnehmung machen, daß hohe Stundenlöhne und kurze Arbeitszeit korrespondieren. — Es wäre nur zu wünschen, wenn die Arbeitgeber unseres Gewerbes sich daran eine Lehre nehmen würden. Denn was in den Großstädten den übrigen Arbeitgebern des Baugewerbes an Lohnzahlung möglich ist, muß auch für die im Malergewerbe möglich sein, wenn es nur nicht am guten Willen fehlt.

Mit der Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtsreise hat das Gewerkschaftsamt in Dresden den Anfang gemacht. Der erste Kursus, der circa 15 Stunden umfassen soll, hat am 5. November begonnen. Zum Beitritt berechtigt sind gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Kursus soll auf höchstens 40 Teilnehmer beschränkt bleiben.

Der Unterricht, der vom Arbeitersekretär Dr. Hermann Dunder geleitet werden wird, wird eine Einführung in das Verständnis der modernen Volkswirtschaft geben. Der erste historische Teil bringt einen Ueberblick über die Wirtschaftsgeschichte der Vergangenheit (Urzeit, Sklavenwirtschaft, das Mittelalter, Dorf und Stadt im Mittelalter). Auf die Darlegung der Entstehung der Volkswirtschaft folgt dann im zweiten Teil eine Besprechung des Wesens der modernen Volkswirtschaft (Privateigentum, Proletariat, Arbeitsteilung und Maschine, Handelsindustrie und Fabrik, Einzelunternehmung, Monopolsystem, Kartell und Trust). Im letzten Teil wird die Bedeutung der Volkswirtschaft für die Gewerkschaftsbewegung, die Sozialdemokratie und andere für das Proletariat wichtige Einzelgebiete der Volkswirtschaftslehre behandelt.

## Gewerbegerichtliches.

**Gewerbegericht Nürnberg.** Ein für die Malergehülsen wichtiger Entscheid wurde vom Nürnberger Gewerbegericht gefällt. Es handelte sich um die Frage ob der Unternehmer, der einen Gehülsen answärts beschäftigt, verpflichtet ist, die Zeit, die der Gehülse im Wohnung verbringt, zu zahlen. Der Maler B. vertreten durch den Maler und Gewerbegerichtsbekannter Reif, war in dem Malergewerbe Söhnenhaus beschäftigt. Er war beauftragt, in Obenbrud Malerarbeiten auszuführen. Obenbrud ist von Nürnberg mit der Bahn in einer halben Stunde erreichbar. B. mußte um 6.23 Uhr früh abfahren, dann kam er 7.15 Uhr zur Arbeitsstätte. Nach dem im Mai ds. Jrs. abgeschlossenen Tarif für das Malergewerbe währte die Arbeitszeit von früh 7 Uhr bis abends 6 Uhr. B. konnte aber erst abends 7 Uhr zurückfahren. Am abend die Zeit zwischen 6 und 7 Uhr nicht im Söhnenhaus zubringen zu müssen, arbeitete B. am abend bis 1/2 7 Uhr. Nun erhielt er, obwohl dies im Tarif vereinbart ist, diese halbe Ueberstunde nicht mit dem Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Ferner erhielt er die Zeit von 6.23 Uhr, die er am Morgen im Zug zubringen mußte, nicht entschädigt. Er erhielt nur die Fahrtauslagen vergütet. Von der Firma forderte er nun den rückständigen Prozentzuschlag für sechs halbe Ueberstunden und Entschädigung für die Zeit von 6.23 Uhr bis 7 Uhr morgens. Die Sache hat die Tarifkommission beschäftigt; man konnte sich aber nicht einigen. Die Forderung beträgt nur 5.16 M. Die Firma erklärte, daß sie wegen des geringen Streitobjektes keine Aktion entfalten würde, wenn die Sache nicht von prinzipieller Bedeutung wäre. Beide Parteien überließen es nun dem Gewerbegericht, diesen prinzipiellen Entscheid zu treffen. Die Argumente, die von beiden Seiten bei der mündlichen Verhandlung angeführt wurden, waren äußerst interessant. Vom Firmeninhaber wurde betont, daß eine Verpflichtung, die Zeit, die der Arbeiter zur Arbeitsstätte braucht, zu entschädigen, für den Unternehmer nicht bestehen könne. Wenn ein Arbeiter in einem westlich gelegenen Vorort Nürnbergs wohne und in einem östlichen Vororte arbeite, so brauche er auch eine Stunde bis zur Arbeitsstätte, ohne daß ihm einfallende, von seinem Arbeitgeber diese Zeit bezahlt zu verlangen. Auch im Tarif stehe nichts von dieser Verpflichtung der Arbeitgeber. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß große Werte, wie Maschinenfabriken usw. ihren Monteuren und Ingenieuren, die auf Montage fortgehen, ebenfalls die Zeit bezahlen, die jene auf der Eisenbahn zubringen. Das

mache oft Tage aus und Söhnenhaus wolle nicht einmal diese paar Stunden bezahlen. Die Maler haben oft monatelang keine Arbeit und müssen deshalb in der Zeit der Hochkonjunktur zu verdienen. Im übrigen zahlen andere Nürnberger Malergewerkschaften, die im gleichen Orte arbeiten ausführen lassen, diese Forderungen ihren Arbeitern. Würde man es der Firma Söhnenhaus gestatten, diese Zeit nicht zu entschädigen, so würden auch die anderen Firmen diese Vergünstigung bald abschaffen. Das Gewerbegericht fällt drei Tage später das Urteil. Die Firma wurde beurteilt, den geforderten Betrag an den Maler B. zu bezahlen. Jede Arbeitszeit, die über die im Tarif festgesetzte normale Zeit hinausgehe, sei als Ueberstunde zu betrachten und dementsprechend mit dem Ueberstundenzuschlag zu bezahlen. Was die Entschädigung für jene Zeit anlangt, die der Gehülse im Wohnung zur Arbeitsstätte zubringt, so ist es nicht mehr als gerecht und billig, daß diese Entschädigung geleistet werden muß. Die Reise des Gehülsen ist sowohl im Auftrage als im Interesse der Firma erfolgt, sie mußte deshalb auch für die Auslagen aufkommen. — Die Entscheidung geht hier von einem richtigen, sachgemäßen Standpunkt aus, den wir in der gleichen Angelegenheit 1903 von den Gewerbegerichten in Augsburg und München vermissten.

## Literarisches.

**Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1906.** Taschenrechner für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart, 7. Jahrgang. Preis für Verbandsmitglieder 50 %, durch den Buchhandel 1 M. pro Exemplar.

**Tierischkalender 1906,** herausgegeben vom Berliner Tierischklubverein, ist soeben erschienen. Das illustrierte Nüchlein ist gut ausgestattet und kostet 10 %. Bei Mehrbestellungen wende man sich an den Verein in Berlin S. 11.

Im Verlage des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes Berlin S. 42, Postenuser 55, sind erschienen: K. Kasper: „Zur Alkoholfrage“ (10 %), Simon Kasper: „Wofür kämpfen wir?“ (10 %), Dr. med. Otto Juliusburger: „Gegen den Strahlzug“ (20 %). Die Broschüren bieten vieles Wissenswerte über obige recht aktuellen Fragen, sodas deren Studium auch unserem Leserkreise nur zum Vorteil gereichen wird.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Was hat der Vater seinem achtzehnjährigen Sohne zu sagen? Nachträge eines Arztes an unsere heranreifende Jugend von Prof. Alfred Journer, Mitglied der Akademie der Medizin in Paris. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Dr. med. G. Navasini. Der berühmte Syphilidologe Prof. Alfred Journer hat in dieser Schrift die allgemeinen Kenntnisse über Geschlechtskrankheiten und deren Folgen in leicht verständlicher Weise niedergelegt. Die Schrift wird nunmehr in einer ausgezeichneten Uebersetzung allen denjenigen unterbreitet, die durch Stellung und Amt berufen sind, einen Einfluß auf die Jugend auszuüben. Sie können durch rechtzeitige Belehrung Laubende vor einem grauen Schicksal bewahren. Preis der billigen Volksausgabe 20 %. Bei Abnahme von Partien Preisermäßigung.

Der „Süddeutsche Postillon“ verdient keine Nr. 22. Die farbigen Bilder sind aktuell und interessant. Der Postillon ist durch alle Buchhandlungen und Zeitungsverleger für 10 % zu haben, kann aber auch für 65 % für das Vierteljahr abonniert werden.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braam und Lily Braam (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 %, pro Monat 40 %, pro Vierteljahr 1.20 M. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 92. Heft erschienen.

## Briefkasten.

Des Hufjagers wegen (Mittwoch den 22. November) findet für die Nr. 47 schon am Montag den 20. November, morgens, Redaktionschluss statt.

Düsseldorf, 2. Kommt erst nächste Nummer erfolgen. Gruß!

Danabrad, Sch. Solchem Quertopf gibt man keine weitere Gelegenheit, mag er sich nur das Wort nicht verbieten lassen.

## Dereinstell.

**Bafanz.** Die Stelle eines Bezirksleiters im 3. Bezirk (Sitz Bafanz) ist durch Abgang des bisherigen Bezirksleiters neu zu besetzen.

Mitglieder unserer Vereinigung, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben bis spätestens dem 25. d. M. ein Bewerbungsschreiben an den Vorstand der Vereinigung zu richten. Aus dem Schreiben muß das Alter, der Beruf und die Dauer der Mitgliedschaft ersichtlich sein. Außerdem ist in einem besonderen Schreiben eine selbständige Abhandlung über die Aufgaben eines Bezirksleiters in der Vereinigung beizulegen.

Die Anstellung resp. Wahl erfolgt durch den Vorstand und Ausschuss nach der von der Generalversammlung in Hamburg festgesetzten Geschäftsstatuta. (Siehe Protokoll Seite 260—261.)

**Befähigung.** Die Neuwahl der Filialverwaltung in München sowie die Ersatzwahl in Schleswig werden hiermit befristet.

**Ausschluß.** Durch die Filiale Dresden das Mitglied Karl Starke, Buchn. 95 786; durch die Filiale Berlin: Ober, Ludwig, Buchn. 15 904; Ober, Otto, Buchn. 7899; Hoffmann, Arthur, Buchn. 15 448; Piebemann, Buchn. 93 838; durch die Filiale Weimar: May, Alois, Buchn. 41 747, auf Grund des Statuts nach § 7 Abs. a. Der Vorstand.

**Bericht der Hauptkassa vom 31. Oktober bis 6. November.**

Eingekandt wurde: S., Berlin 48.60; Walbershausen 87.25; Hagen 150.—; Cöln 250.—; Essen 500.—; Chemnitz 10.—; L., Grefeld 6.10; Mühlhausen 75.—; Düsseldorf 300.—; Freiburg 200.—; Magdeburg 200.—; Erfurt 200.—; Nürnberg 800.—; Reimannst. 70.—; Bremen 3.—; Benthien 103.90; Spitzheim 100.—; Chemnitz 3.—; Darmstadt 600.—; Luckenwalde 79.—; Dresden 350.— M.

**Berichtigung.** In voriger Nummer muß es heißen Bremen statt 800.— 600.— M.; Hamborn statt 46.90 40.90 M.

Zuschuß wurde abgekandt: Hof 80.— M.

Material wurde abgesandt:  
 B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. R. = Kalender.  
 D. = Duplikatmarken. W. = Vereins-Anzeigermarken.

Altenburg 800 B. a 15 S., 20 R.; Annaberg 400 B. a 40 S., 600 B. a 15 S.; Naun 20 R.; Vochnum 40 R.; Bunzlau 100 B. a 15 S.; Caspel 1200 B. a 15 S.; Cöln 10 000 B. a 20 S., 2000 B. a 10 D.; Danzig 4000 B. a 15 S.; Döbeln 2 R.; Düsseldorf 100 R.; Elberfeld 30 R.; Emden 100 B. a 45 S., 200 B. a 15 S.; Frankfurt a. M. 12 R.; Gagen 1000 B. a 45 S., 30 R.; Hamburg 20 000 B. a 50 S., 20 000 B. a 15 S., 20 R.; Hannover 50 R.; Herne 30 R.; Hirschberg 100 B. a 45 S., 400 B. a 15 S., 20 R.; Hof 400 B. a 15 S., 200 B. a 40 S.; Kempten 20 R.; Münster 400 B. a 20 S.; Nordhausen 400 B. a 15 S.; Nowawes 200 B. a 50 S., 1200 B. a 15 S., 600 B. a 20 R.; Oberhausen 10 C., 20 R.; Posen 1200 B. a 50 S.; Rostock 15 R.; Ruhla 200 B. a 45 S., 10 R.; Solingen 10 R.; Schwelm 200 B. a 45 S., 200 B. a 15 S.; Stralsund 200 B. a 40 S.; Strassburg 2000 B. a 15 S., 60 R.; Stuttgart 2000 B. a 15 S.; Wilmshausen 15 R.; Witten 600 B. a 20 S.; Zeitz 400 B. a 45 S., 400 B. a 20 S., 10 R.; Zwickau 1200 B. a 15 S., 30 R.

Vom 21. September bis 20. Oktober gingen für ausgegebene Krankenkassen Scheine ein: Aachen 29.20, Altenburg 37.20, Aue 7.15, Augsburg 3., Bernburg 8.50, Bielefeld 22.75, Brandenburg 35.35, Braunschweig 34.65, Bremen 17., Berlin 1093.30, Bremerhaven 46.60, Breslau 95.25, Caspel 63.40, Chemnitz 104.35, Colmar 1.80, Cöln 158.70, Crefeld 51., Crimmitschau 19.20, Cuxhaven

750, Danzig 59.95, Darmstadt 162., Dessau 8.90, Dortmund 95.40, Düren 22.30, Dresden 140.75, Düsseldorf 47.30, Elberfeld 40.05, Erfurt 64.35, Eschwege 15.60, Essen 57.90, Frankfurt a. M. 392.20, Forst 19.30, Freiberg 7.20, Freiburg 21., Fürstentum 9.60, Gelsenkirchen 9.80, Gera 10.75, Gries 37.15, Gotha 3.60, Greiz 23.30, Hagen 2.50, Halberstadt 3.20, Halle 16.15, Homborn 5.85, Hamburg 440.10, Hannover 15.75, Hildesheim 18., Jena 76.10, Karlsruhe 41.50, Kattowich 4.50, Kiel 34.80, Königsberg 13.80, Königshütte 9., Landau 7.50, Langensfeld 19.40, Leipzig 163.30, Lindau 28., Pöthenburg 6.95, Magdeburg 56.40, Mainz 281.80, Mannheim 29.30, Meerane 34.40, Mühlhausen i. Th. 33.60, München 65.70, Naumburg 19., Nowawes 47.50, Nürnberg 139.70, Offenbach 3., Oldenburg 31.50, Posen 6., Posen 54.40, Pößneck 3.50, Potsdam 40., Regensburg 11.20, Riesa 12.50, Rostock 3.50, Ruhla 12.50, Schleswig 6., Schönebeck 8.25, Schw.-Dall 25.20, Singen 11., Solingen 7., Spandau 2., Statin 33.50, Strassburg 60.80, Stutzart 51.40, Tilsit 12.50, Tönning 7.20, Ulm 9.20, Weichau 5.50, Weimar 10.50, Wiesbaden 87.85, Wilmshausen 43.50, Witten 30.40, Witten 14.70, Wörms 9.50, Würzburg 5.25, Zeitz 120.65, Zwickau 37.30, Einzelmitglieder 17.85, in Summa 5604.15 M.

Für ausgegebene Sterbenunterstützung: Aachen 30., Altenburg 10., Berlin 300., Bernburg 10., Brandenburg 10., Bremen 10., Bremerhaven 10., Breslau 65., Caspel 20., Chemnitz 35., Cöln 20., Crimmitschau 10., Danzig 60., Darmstadt 45., Dessau 10., Dresden 135., Düren 10., Eisenach 10., Erfurt 30., Erlangen 10., Frankfurt a. M. 60., Freiburg 10., Gelsenkirchen 20., Gera 10., Gries 50., Gotha 10., Greifswald 10., Hamburg 45., Heidelberg 10.,

Heilbronn 20., Jena 10., Kamen 10., Kattowich 10., Königsberg 10., Leipzig 30., Mainz 115., Meerane 10., Marburg 10., Nowawes 10., Nürnberg 70., Offenbach 20., Posen 10., Posen 95., Solingen 10., Strassburg 10., Tilsit 25., Wiesbaden 10., Würzburg 10., Zwickau 20., in Summa 1565. M.

Für ausgegebene Wöchnerinnenunterstützung: Nürnberg 6. M.

S. Wenter, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse**  
 der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
 (Eingetragene Stiftung Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 29. Okt. bis 4. November.  
 Ueberträge von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekassiert von Georgi-Nürnberg 300 M.; Kaufhold Weihenstephan 125 M.; Möser-Darmstadt 70.36 M.; Daur-Göppingen 50 M.; Büchel-Berlin 300 M.; Rousseau-Nachter 100 M.; Köhnke-Schwerin i. M. 100 M.; Pielich-Nord i. L. 50 M.; Lange-Nowawes 60 M.; Gehele-Hamburg-St. Georg 300 M.; Arnold-Halle a. S. 250 M.; Nies-Altona 200 M.; Köhler-Sacha 50 M.; Scheid-Hamburg-Warmbeck 150 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefordert an: Gommern-Cöln a. Rh. 200 M.; Schittow-Spandau 200 M.; Bach-Flömenau 100 M.; Weber-Friedrichshagen b. Berlin 200 M.

Krankengeld erhielt Buchh. 19741 B. Möbius in Wallerstein i. Bayern 24 M.  
 S. S. Bulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

# Unser Malerkalender für 1906

ist erschienen. Der Preis beträgt pro Exemplar 60 Pfg. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 55 Pfg verrechnet, sodass 5 Pfg. für Kolportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von unter 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung.

Inhaltsverzeichnis: I. Vorwort, Weckruf, Kalendarium, Statistische Tabellen, Münztabelle, Tarife für Postsachen und Telegramme, Masse, Gewichte etc. II. Aus unserem Berufe. Lohntarife von Aachen, Dresden u. Umg., Fürth, Halle, Kiel (Lack.), Landau, Nürnberg, Innungsbez. Potsdam und Tilsit. Bleiweissgesetz und Bleimerkblatt. Gesellenordnung aus Hamburg von 1844. Adressenverzeichnisse. III. Soziale Rechtspflege, Kurze Notizen. IV. Technischer Teil. — Jeder Einzelbestellung sind 10 Pfg. Porto beizulegen. Bestellungen sind umgehend an uns zu richten.

**Malergeschäft zu verkaufen.**  
 Um mich speziell meiner Schule, sowie der von mir vor zwei Jahren gegründeten Schablonenfabrik zu widmen, beabsichtige ich, mein Malergeschäft billig zu verkaufen sofort oder zum Frühjahr. Der Kundenkreis besteht aus guter Privatkundschaft.  
 Fr. Wetershausen,  
 Hamburg, Lindenstr. 19.

**Tüchtige Maler**  
 suchen Lohnende Beschäftigung durch Ausführung von Glasmalereien mit Hilfe meiner Abziehbogen. Eigenes neues Verfahren. Probebogen nebst ausführlicher Anleitung 2.50 Mk. Nachnahme.  
 Otto Prase, Maler, Almenau i. Th.

**Säher und leichter Nebenverdienst!**  
 Bei hoher Vergüt. suche an jed. Ort Herren, welche den Vertr. hochel. Konturrenzl. Neuh. (ganz vorz. Weihnachtsart.) nebenbei übernem. Prosp. gratis u. franko an Seeborn. Germ. Wolf, Zwickau i. S., Gieselerstraße 40.

**Maler-Schule**  
 C. Karde, Kiel.

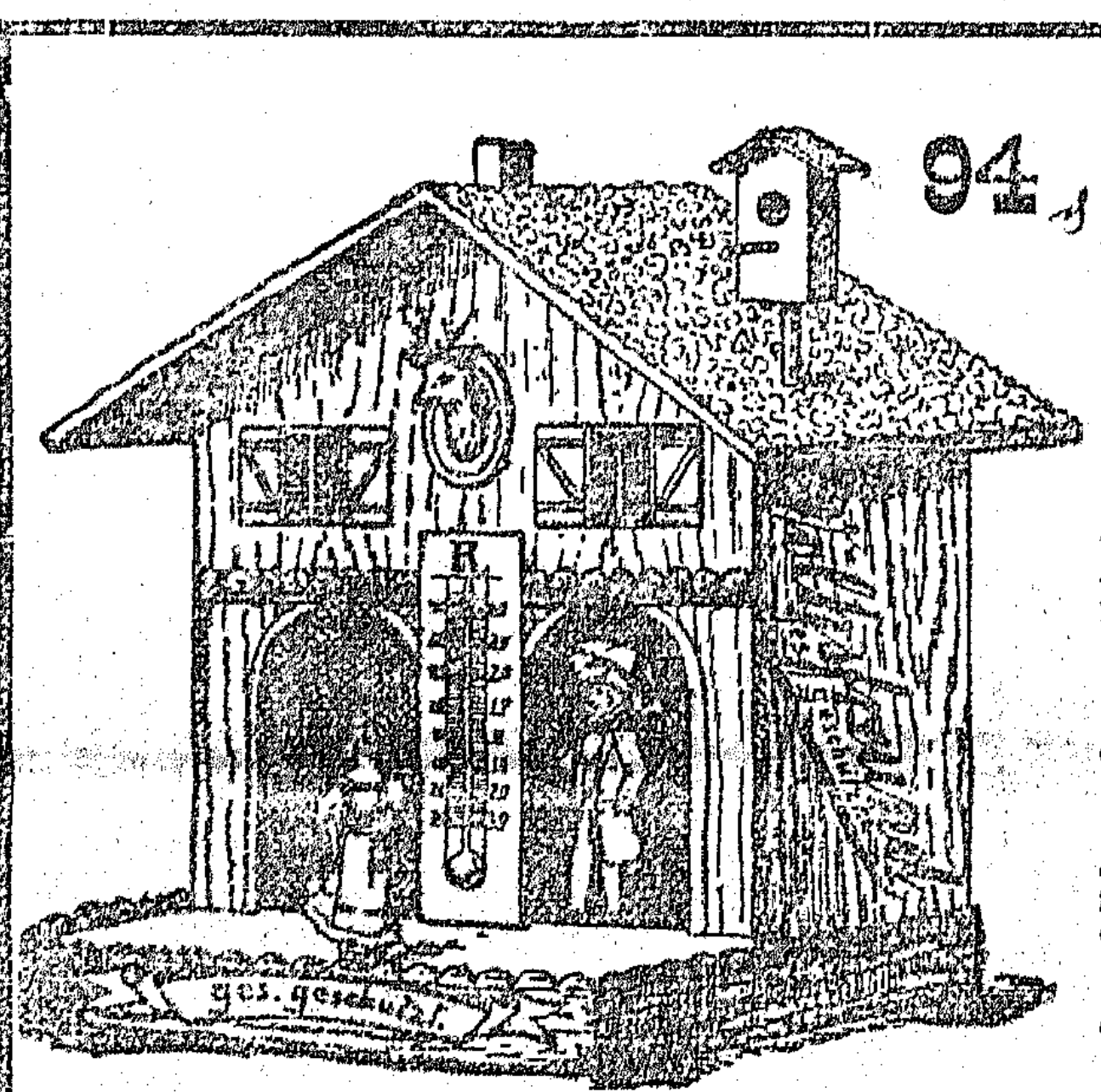
**Malerschule** zu Gotha.  
 Vorzügliche Erfolge. — Prospekt gratis. Viele Anerkennungen.

**Maler-Mäntel!**  
 Eigenes Fabrikat!  
 vorne offen mit Umlegebogen.  
 Lehrlinge bis Oberweite 88 cm 110 cm lang  
 sekunda per Stück 2.25 M.  
 prima 2.75 M.  
 Männer Oberweite bis 112.  
 110 125 140 cm lang  
 sekunda 2.50 2.65 3.— M.  
 prima 2.90 3.10 3.50 M.  
 Dreif. Sachen, prima Qualität feinen, Oberweite: 100 M. 2.60, 103 M. 2.80, 112 M. 3.—  
 Posen Schrittlänge: 72/78 M. 2.60, 78/80 M. 2.80, 82/84 M. 3.— Messel-Schuhböden 180 M. 2.—

**D. Wurzel & Co., Berlin,**  
 Brückenstraße 18, I.

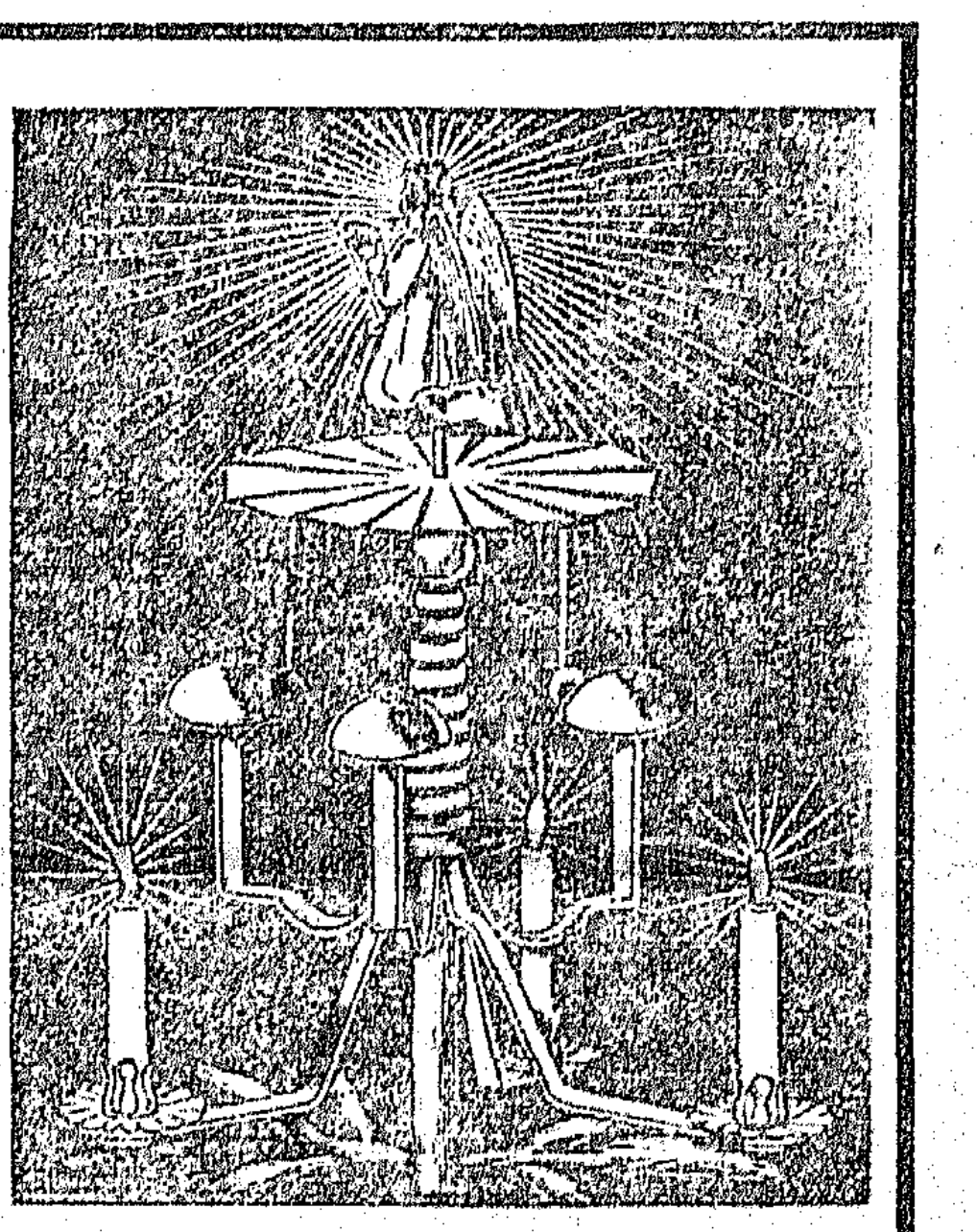
40 bunte Malvorlagen M. 5.—  
 Landschaften, Blumen, Vögel, Kostücke etc.  
 H. Brühl, Gamm i. Westf. (Nord.)

**Nebenverdienst!**  
 Vergrößerungen von Porträts und Kunstmalereien! — Billigste Preise! Tadellose Ausführung! z. B.: Vergrößerungen auf prima Zeichenpapier 27/34 cm 55 Pfg., 36/46 cm 65 Pfg. Preisliste gratis u. fr.  
 H. Basche,  
 Berlin NO., Neue Königstrasse 84.



Jedes Stück kostet 94 Pfg. bei Bestellung von mindestens 10 Gegenständen. Bei 3 Stück 97 Pfg., 1 Stück 10 Pfg. mehr. Porto, Ristchen und Verpackung 90 Pfg. extra für jedes Postpaket. 1 Postpaket kann enthalten 12-20 Stück. Versandt per Nachnahme. Kein Risiko. Geld und den Artikel. Das an der Hand zu haben. Die Handlung ist von der Weihnachtszeit an zu haben. Die Handlung ist von der Weihnachtszeit an zu haben.  
 Friedrich Wilhelm Engelb, Mannheimer Christlich bei Solingen. Nr. 340  
 Weltbekannte Stahlwarenfabrik und Versandthaus.  
 (Meine Adresse bitte voll und ganz zu schreiben.)

**Christbaumgeläut** Engelreit w. Abbild. als Baumspitze u. Tischgeläute zu benutzen. Das beste Geläute d. Gegenwart. Kaufen Sie nur Engelreit u. stellen es jedem anderen Geläute gegenüber. Sie werden Engelreit als das allerbeste und schönste finden.  
 Zum Kaiserl. Patentamt geschützt.  
**Volksfreund-Wetterhaus,**  
 neu verbess. w. Abbild. mit Thermometer unter Garantie, daß jedes Stück genau jede Veränderung anzeigt ca. 20 cm hoch.  
**Cashmesser** m. 2 Prima Stahl.  
**Schere** m. best. Stahl, heft. Dual.  
**Cashsenfenschere** m. best. Stahl, heft. Dual.  
**Reisbörse** m. best. Stahl, heft. Dual.  
**Künstler-Mund** m. best. Stahl, heft. Dual.  
**Christkindchen** m. best. Stahl, heft. Dual.



**I Nebenverdienst!**  
**Vergrößerungen**  
 auf prima Zeichenpapier,  
 z. B. 27/34 cm 60 Pfennig  
 Kreideausführ. 2.— Mark  
 Kunstmalereien, Original-Entwürfe,  
 Kirchen- und Altargemälde.  
 Preisliste gratis und franko.  
**Barthen & Co.,**  
 Berlin W. 50, Ansbacherstr. 37.

**Malerschule**  
 für Holz- und Marmor-Imitation  
 von A. Fritschau, Sammelburg, (Bayern). — Grünliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kursums vom 15. November 1905 bis 1. März 1906. Prospekt gratis.

**Selbstunterricht in der Holzmalerei**  
 150 Vorlagen, erste Spezialität in Naturfarbendruck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigsten Preis von nur 10 M. zu beziehen von  
 Aug. Dütoweyer, München  
 Haberstraße 47, IV, v.

**Dekorations-, Holz- und Marmor-Schule**  
 Gebr. C. u. H. Dreier,  
 Bremerhafen, Grünestr. 60, 2. Etg.

**Malerfachschnle**  
**Hameln a. d. W.**  
 Praktischer Einzelunterricht.  
 Sichere Erfolge bei e. jed. Schüler.  
 Buchführung. — Correspondenz.  
 Vorbereitung für das Meisterexamen.  
 Prospekte frei durch die Direktion.

**Th. Wittmack's Schule**  
 Nürnberg, Hans Sachsgasse 15  
 bestes Institut für kunstgewerbliches Zeichnen u. dekoratives Malen.  
 Prospekt gratis.

**Neu! Im Selbstverlag erschien: Neu! Moderne Entwürfe**  
 für die Praxis des Dekorationsmalers.  
 II. Serie. 16 Tafeln.  
 M. 2.50 franko gegen Nachnahme.  
 August Vogler, Essen a. d. Ruhr,  
 Vetter für Dekorations-Malerei.

**Holz- und Marmorschule**  
 von C. Christen, Hamburg, Sifflandstraße 67, Haus 2, III.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Sonnabends, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen, 1.20 M. — Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 S., Vereinsanzeigen 20 S. die Spaltzeile.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 44 des Korrespondenzblattes für die Bewoßmächtigsten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich Hr. Max Hamburg, Schmalenbenderstr. 17.  
 Verlag von S. Wenter, Hamburg 22.  
 Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Lohnbewegungen und Streiks in unserem Berufe 1904.

Wenn auch im „Vereins-Anzeiger“ über unsere Lohnbewegungen und Lohnkämpfe während ihrer Dauer sehr ausführlich berichtet wird, so ist das doch für die Kollegen von besonderem Werte, nachdem jetzt die gewerkschaftliche sowohl wie die amtliche Statistik vorliegt, eine kurze zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse aus den Kampfperioden des eigenen Berufes zu haben.

Wir beginnen mit den Lohnbewegungen des Vorjahres, die nicht zur Arbeitseinstellung führten und durch welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt wurden:

Table with columns: Ort, Zahl der Betriebe, Beschäftigten, Organisierten, Erhöhung des Lohn- bezw. Mtkfordverdienstes wöchentlich für alle Beteiligten, Erhöhung des Mtkfordverdienstes wöchentlich für alle Beteiligten.

In sämtlichen Orten dieser Tabelle wurde ein korporativer Arbeitsvertrag mit den Unternehmerorganisationen abgeschlossen; nur in Cöthen und Muhlitz, wo keine Organisation der Unternehmer vorhanden, konnte mit den einzelnen Meistern ein Tarif abgeschlossen werden.

Streiks und Aussperrungen.

a) Gewerkschaftliche Statistik.

Table with columns: Ort, Zahl der Beteiligten, Davon verheiratet, Kinder, Abgereicht, Lohn- u. Verf. d. Arbeitsz., Aussperrung, Erfolgreich, Teilweise erfolgreich, Erfolge, Gesamtkosten des Streiks.

Bei den 10 Konflikten, woran Lohner beteiligt waren, waren nur in 3 Fällen Lohnforderungen gestellt gewesen.

Feuersichere Anstriche und die Grenzen ihrer Wirkungsfähigkeit. (Schluß.)

Die Feuerbeständigkeit des Asbestes führt nun dazu, daß aus ihm mancherlei Dinge hergestellt werden, bei denen es auf eine hohe Widerstandsfähigkeit gegen Feuer ankommt: Asbestpapier, Asbestplatte, Asbestgewebe, Asbeststriche, Asbestputzungen, dann aber auch Platten, Mörtel und Anstrichmassen.

Die Verarbeitung des Asbestes geschieht in besonderen Fabriken. Das Mineral wird zunächst in besonderen Maschinen zerfasernd und je nach der auf diese Weise erreichten Fasertlänge den verschiedenen Zwecken zugeführt.

Diese interessieren uns zunächst und auch den Asbestmörtelmassen können wir einige Aufmerksamkeit schenken. Der Asbestmörtel wird gewöhnlich so zubereitet, daß kanadischer, gemahlener oder wenigstens grob zerkleinerter Asbest mit Serpentinlarfschlag und einer kleinen Menge Weichkalk zusammengeleitet wird.

Neben der Feuersicherheit des Asbestmörtels hat er noch andere wertvolle Eigenschaften, so z. B. ist er unempfindlich gegen Säuren wie auch gegen elektrische Ströme, ferner ist er ein schlechter Wärme- und Schalleiter.

Davon hatten die in Berlin-Tempelhof vollen, in Götze teilweisen und in Berlin (Gr. Berl.-Straßenbahn) keinen Erfolg. Zu den übrigen sieben Fällen waren die Lohner durch Streik oder Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen worden.

Maler, Anstreicher, Löhner und Weißbinder waren beteiligt:

Table with columns: Name der Filiale, Zahl der Beteiligten, Davon verheiratet, Kinder, Abgereicht, Lohn- u. Verf. d. Arbeitsz., Aussperrung, Erfolgreich, Teilweise erfolgreich, Erfolge, Gesamtkosten des Streiks.

Die Gesamtdauer der Kämpfe in unserem Berufe 1904, an denen 5902 Kollegen (davon bloß 3064 erst 6 Monate vor Beginn des Konflikts organisiert) teilnahmen, währte einschließlich der Sonntage 735 Tage.

b) Amtliche Streikstatistik.

Während unsere gewerkschaftliche Statistik insgesamt über 30 Streiks und Aussperrungen berichtet, führt die amtliche Statistik 35 Fälle auf. Dabei sind 4 Werkstellensstreiks (Berlin, Lichtenberg, Wilhelmshafen und Hamburg) mit aufgeführt, die in unserer Statistik nicht enthalten sind.

Des Weiteren führt die amtliche Statistik 5 Fälle auf (Berlin 3, Dessau 1, Eetta 1) wo Löhner, insgesamt 71, die Arbeit einstellten. Auch diese Fälle sind nicht in unserer Statistik aufgeführt, obwohl wohl Mitglieder des Bremerverbandes waren.

in der dünnen Anstrichschicht nicht in demselben Maße wirksam sein können, als in dem dickeren Asbestmörtel. Die Säurefestigkeit wie auch die Indifferenz gegen elektrische Ströme kann im Anstrich eine sehr wertvolle Eigenschaft sein und auch das Wärmeleitungsvermögen ist für einen feuersicher sein sollenden Anstrich nicht ohne Bedeutung.

Dieser ist einer der Gründe gekennzeichnet, warum ein „feuersicherer“ Anstrich, sei er nun aus Asbest oder aus einem anderen Stoff, nur bedingte Sicherheit bieten kann.

\*) Der „Südb. Postillon“ brachte vor einiger Zeit folgende Vorkathete: F r i k e: Hat denn der General Trotha noch ein Asbesthaus? — F r i k e: Neel! — F r i k e: Und da soll nur der Mensch fliegen! —

Dann ist in der amtlichen Statistik der Streik in Essen-Mittenscheid, in Bant-Wilhelmshafen, in Leipzig-Gaschwitz u. m. mit je 2 Fällen und in Bremerhaven-Westmünde-Lehe mit 3 Fällen aufgeführt, während in unserer Statistik der Streik in diesen Orten mit Umgegend als je 1 Fall verzeichnet ist.

Der Streik in Bartenkirchen ist in der amtlichen Statistik nicht mit aufgeführt, dagegen ein Streik in Cleve erwähnt, bei dem Mitglieder unserer Organisation nicht in Betracht kamen.

Nach der a. St. wurden überhaupt 1136 Betriebe von Streiks betroffen in denen 8603 Gehilfen beschäftigt waren. Zu völligem Stillstand kamen 323 Betriebe und betrug die Höchstzahl der Streikenden 5879.

Beendet wurden die Kämpfe 16mal zwischen den Parteien selbst, 4mal vor den Gewerbebehörden, 11mal unter Vermittlung der Organisationen oder dritter Personen.

Vollen Erfolg hatten 4, teilweisen 20 und keinen 11.

Eine weitere Uebersicht über unsere Kämpfe nach der a. St. veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Table with columns: Dauer d. Streiks, Zahl der Beteiligten, Zahl der Betriebe, Zahl der Streikenden, Lohn- u. Verf. d. Arbeitsz., Erfolge (voller, teilweiser, keiner).

Wie schon oben erwähnt, führt außer u die a. St. für unseren Beruf noch folgende Werkstellensstreiks an: Berlin (Küher) 25 Mann 9 Tage gestreikt ohne Erfolg.

ist ein klassisches Beispiel dafür, daß selbst ein ganz aus Asbest gebautes Haus nicht als absolut feuersicher gelten kann. Als nun dieses Asbesthaus, das alle Welt heinaha für das interessanteste Stück des ganzen Chinarummels hielt, in China total wegbrannte, wobei der siegreiche General mit seinem Helfeldherrnmarischallstab durch ein kleines Fensterlein hindurch ausweichen mußte, da war auch noch der klassische Beweis für das Wesen der Feuersicherheit erbracht, der in dem Asbestmaterial stecken kann.

Diese Zeilen sollten nur zeigen, wie weit man in seinen Anforderungen an die Feuersicherheit von Asbestplatten und Asbestmörtel gehen kann. Für den Asbestanstrich gilt das noch viel mehr.

Durch mannigfaltige Versuche ist das bewiesen worden. Es sei nur eine solche charakteristische Prüfung hier angeführt. In Danzig wurden einige Versuche mit Asbestfarben gemacht. Auf dem Feuerwehrturm hatte man eine dreieckige Pyramide aus rohen ungehobelten Brettern, die oben spitz zusammenliefen, gebaut.

